Manfred Pohl

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 4

24.3.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50

INHALT

I. MAI

Die Diskussionen über den diesjährigen 1.MAI beginnen. Es wird mehrere Feste in den Stadtteilen geben. (Siehe S.6) Außerdem ruft der RC zur Diskussion über die Demo auf.

(Freitag, den 29.3.74 SZ
1 Bln 21 Stephanstr.6o)
19.3o Uhr

PUTTE MUSS BLEIBEN

Hiermit wollen wir auf die letzten Aktionen der PUTTE vor dem 31.3. hinweisen. Das Haus soll bekanntlich geräumt werden.

Am Freitag, dem 29.3.findet ab 19.3o Uhr ein Teach-in im Audi-Max der TU statt. Zunächst werden wir von der PUTTE über die Entwicklung bis zum jetzigen Stand berichten. Anschliessend spielen die Ton Steine Scherben. Um zu zeigen, daß nicht nur die PUTTE Probleme mit dem Bezirksamt bzw. dem Senat hat, werden andere Jugendzentren über ihre Probleme erzählen. Diese Jugendzentren, das Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrum, die Schillerpromenade und das Jugendzentrum Prisma sind Mitglieder der im Dezember gegründeten Initiativgruppe Westberliner Jugendzentren. Dann spielen wieder die Ton Steine Scherben. Zum Schluß werden wir

PUTTE MUSS BLEIBEN!

Forts. v. S. 1

noch die Demo und die Fete am 31.3. ankündigen. Für Interessenten können wir auch noch unseren selbstgedrehten 45 min. Putte-Film zeigen.
Am Sonnabend,dem 30.3. machen wir ab 12,30 Uhr eine Demo.Diese Demo fängt in der PUTTE an und wird durch alle Straßen in der direkten Umgebung führen.Sie soll kein Happening für Linke sein, sondern auf die Bevölkerung abgestimmt.Darum werden wir darauf aufpassen müssen,daß rote und schearze Fahnen in Grenzen gehalten werden.Es dürfen nur Transparente mit Parolen,die mit uns abgestimmt sind,mitgebracht werden.Für die Polizei darf kein Anlass zum Einschreiten gegeben werdeh. Zum Schluß findet eine Kundgebung auf dem Abenteuerspeilplatz statt.

Die Veranstaltungen am 31.3.: Kinder-Elternfest und Fete werden später genauer angekündigt.

PUTTE'-Kollektiv
1Bln.65 Rügener Str.2o

Leute die die Putte aktiv unterstützen wollen, treffen sich dort am Di.26.3. um 19 Uhr

OFFENER BRIEF des Elternkollektivs im Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrum

Am 19.3.74 haben sich die Eltern der Kinder aus der Belzigerstr. getroffen, ein Elternkollektiv gegründet und folgenden Brief beschlossen : (Auszug)
Wenn es für die Kinder kein Barackengelände Belzigerstr. mehr gibt, würden sie auf die Straße getrieben und dort den Gefahren des Verkehrs und der Kriminalisierung ausgesetzt. Das können wir uns als Eltern nicht gefallen lassen. Spielplätze gibt es in der Umgebung viel zu wenig, und die noch freien Plätze werden für Parkplätze verwendet,um den Hauseigentümern zusätzlich Profit zu bringen. Also brauchen unsere Kinder Räume und ein Gelände wie das in der Belzigerstr. Hier haben sie jederzeit Zutritt, und es sind Räume und ein Spielplatz vorhanden.Wir könnten unsere Kinder auch nicht bis zu einem Laden in der Goltzstraße schicken, weil sie dorthin allein gehen müßten und der Weg zu gefährlich ist. Wir haben auch keine Zeit, unsere Kinder hinzubringen und abzuholen, denn von uns arbeiten fast immer beide Elternteile. Außerdem wissen wir unsere Kinder in der Belzigerstr. gut aufgehoben. Wie sich im letzten Jahr gezeigt hat, sind die Kinder dort auch in den Ferien gut aufgehoben, die nicht verschickt werden und auch nicht mit ihren Eltern verreisen können.

WIR FORDERN DESHALB

Die Mittelbaracke muß für die Kinder erhalten bleiben !
Außerdem fordern wir finanzielle Unterstützung, um die beschädigten Räume wieder herzurichten und die Kinderarbeit in der Belzigerstraße abzusichern.

Über diese Forderungen wollen wir mit Ihnen am Donnerstag,den 28.3., um 19.30 Uhr im SJSZ, Belzigerstr. 4-6 verhandeln. Wir erwarten, daß Sie einen für diesen Bereich zuständigen Vertreter schicken. Wir finden uns nicht mehr damit ab,daß wichtige Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg getroffen werden, die uns und unsere Kinder direkt betreffen.

Das Elternkollektiv des SJSZ

Kopien dieses Briefes gehen an den Bezirksstadtrat für Jugend und Sport, Schmidt, an den Bezirksbürgermeister Gleitze, an die Senatorin für Jugend und Sport, Ilse Reichel, an den Sachbearbeiter für politische Bildung, Fethke, an die Vorsitzende des Ju-

gendwohlfahrtsausschusses, Schnedler, außerdem an Presse und Rundfunk.
An Schmidt gehen als Beilage fünf Resolutionen gegen den Abriß, und zwar vom Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AJLE) in der GEW, von der Veranstaltung eines Lehrlingstheaters, vom SFE / SFB e.V., von der Bürgerinitiative Schöneberg, von der PH-Veranstaltung in der TU am 15.3.74, und außerdem über 500 Unterschriften gegen den Abriß der Mittelbrücke !

Kreuzberger Kinderladen Nostizstr.42

Wir suchen Kinder für die Einschulung 74 und 75, deren Eltern ihre Kinder "bewußt" einschulen wollen. Wichtigstes Aufnahmekriterium ist: schon in der Nähe des Ladens wohnen oder dort hin zu ziehen. Warum, wieso, weshalb und noch eine Menge anderes über unseren Kinderladen erfahrt ihr unter
Kila 691 17 15
Ilo 693 24 17

Wie geht's weiter mit dem ASP am Senftenberger Ring ?
(S. UBG-Info I)

Die Betreuer hatten den Platzbetrieb am 11.2.74 auch ohne Unterstützung durch den Träger (BDP, LV Berlin), ohne Arbeitsverträge und ohne Bezahlung wieder aufgenommen, um zu vermeiden, daß die bescheidenen Ansätze ihrer bisherigen pädagogischen Arbeit völlig zerstört werden. XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Nach der Aktionswoche die mit einer Kinderdemonstration abschloß gab es plötzlich Geld vom Senat - nach dem es 2 Monate lang auf unseren Antrag keine nennenswerte Reaktion gab: 30.000 DM wurden an den Träger überwieden wenig später traf ein schriftliches Angebot zur Finanzierung des ASP Betriebes in Höhe "bis zu 98.000. DM" (incl XXXX der 30.000. DM) ein.

Beantragt und notwendig waren 163.000. DM für 1974. Mit der angebotenen Summe wird ein Notbetrieb für dieses Jahr durchgeführt werden können. X

Die Betreuer ziehen aus der bisherigen Auseinandersetzung mit der Senatsbürokratie folgende Konsequenzen:

1. **das Projekt samt Erdarchitektur-Spielhaus hat Renommiercharakter indem es Senat und Bezirksamt zur Aufwertung des zutiefst ánhumanen Märkischen Viertels dient.**
2. **der eben genannte Faktor und die Tatsache daß die Kinderdemonstration, an der auch zahlreiche Kinder Jugendliche und Betreuer anderer Westberliner Projekte teilnahmen (insges. ca. 400-500) im Märkischen Viertel und innerhalb der SPD erhebliche Unruhe verursachte sind ausschlaggebend für die Höhe des Angebots gewesen.**
3. **die Auseinandersetzung mit dem Senat wird fortgesetzt werden weil das angebotene Geld nur einen Notbetrieb erlaubt, und weil für 1975 noch kein Pfennig gesichert ist.**
4. **wichtig wird es sein, der Senatstaktik entgegenzutreten die Westberliner ASP-Projekte gegen einander auszuspielen: obwohl der Senat selber unsere Forderung öffentlich als "realistisch" anerkannt hat, und obwohl vom Verband Berliner ASP Initiativen ca. 200.000.- DM als notwendige Jahreskosten für einen ASP errechnet worden sind, wird den Betreuern des ASP/MV vorgehalten "was wollt ihr denn eigentlich? Ihr habt doch mehr als andere!"**

Über die weitere Entwicklung der ASP in Westberlin werden wir an dieser Stelle berichten.

Die Betreuer des ASP/MV

EMANZIPATION UND POLITISCHER KAMPF

II.Emanzipationstreffen

Vom I2.4.(Karfreitag)bis I5.4.74 findet in der Universität Frankfurt das II.überregionale Apriltreffen"Emanzipation und politischer Kampf"statt.Das Treffen soll die Organisierung der nichtparteiorientierten,undogmatischen Linken vorantreiben,also Koordination und Austausch von Erfahrungen in den verschiedenen Lebens-und Praxisbereichen ermöglichen und der Zersplitterung und der Vereinzelung der sich zur"Emanzipationsbewegung" zählenden Gruppen und Genossen entgegenwirken.Möglichkeiten der Verbindung und Identifizierung von persönlicher Befreiung und politischer Praxis sollen nicht nur diskutiert,sondern auch praktisch in Angriff genommen werden.
Das Treffen beginnt um I4.00 Uhr mit einem Teach-in und wird dann in verschiedenen Arbeitsgruppen fortgeführt.Zur Vorbereitung auf das Treffen ist eine Broschüre erschienen("Emnazipation und politischer Kampf"-Rosa Luxenburg Verlag),die u.a. auch das wichtigste aus dem vergriffenen Protokoll des ersten Treffens enthält.Die Broschüre ist über den linken Buchhandel erhältlich.Genossen aus der Provinz können die Broschüre gegen Voreinzahlung von DM 5,-- über die Kontaktadresse beziehen,über die auch Vorschläge und Fragen entgegengenommen werden.
Heinz Funke,6 Frankfurt/M,
Marquardtstraße.6
Obwohl man uns einige unserer besetzten Häuser weggenommen hat, gibt es noch Schlafplätze.
Schlafsäcke mitbringen!
Und nicht nur an Bleistifte und Papier(e) denken,auch an Musikinstrumente usw.!

ROTE HILFE - Mitteilungen

Justiz/Polizei:Wir bitten alle,die Konflikte mit diesem Verein haben, die entsprechenden Informationen an uns weiterzugeben,denn um etwas dagegen zu unternehmen,muß man wissen,was läuft-.Meldet also so Sachen wie Festnahmen,Hausdurchsuchungen,Verfahren,Prozesse usw. dem rh-Bürodienst.

Termine:

Bürodienst :Mo-Fr 17-19Uhr
Rechtsberatung:Montags
Mieterberatung:Dienstags

Tel.3958083

Nordhorn-Range-Prozesse: Im Juni vergangenen Jahres führte die Bevölkerung von Nordhorn und Umgebung einen militanten Kampf gegen den Nato-Schießplatz Nordhorn-Range,an dem sich viele Linke hier aufgeilten.Nachdem es nun ruhig um die Range geworden ist, kommt die Abrechnung der Justiz, um die entstandene Bewegung endgültig zu zerschlagen.In etwa 20 Verfahren sollen einige stellvertretend für alle anderen abgeurteilt werden,soll berechtigter Widerstand in gewöhnliche Kriminalität umgemünzt werden.Um den Kampf gegen die Prozesse zu führen, hat sich ein Komitee Nordhorn-Range Prozesse gebildet(Infos über :K.H.Dinkelborg,4434 Ochtrup,weiner 114).Die Genossen benötigen 5000 DM für die Verteidigung,bisher haben sie etwa 800 DM. Wir fordern alle Genossen und Gruppen auf,massenhaft Geld für die Verteidigung der Angeklagten zu spenden:
Sonderkonto Nordhorn-Range-Prozesse
Nr. 57-94862 Deutsche Bank Nordhorn

Komitees gegen Folter an pol.Gefang.:
Die Komitees führen seit 14,3.74 einen unbegrenzten Sitzstreik vor dem Justizministerium von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf durch.Im Justizministerium sitzt Minister Posser, verantwortlich für den Toten Trakt in Köln-Ossendorf und die damit ver-

bundene Isolationshaft. Diese Aktion soll solange durchgeführt werden, bis folgende Forderung erfüllt ist: Sofortige Verlegung von Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin aus dem Toten Trakt in einen normalen Trakt! Es werden Genossen gesucht, die sich an dieser Aktion beteiligen.
Kontakt: Köln 73 03 05

●

Berliner Prozesse:
Der Prozess gegen "die Sechs" läuft und läuft, inzwischen ist sogar ein Ende in 4 Wochen in Sicht. Termin jeweils: Di, Fr 9Uhr Saal 700 , Turmstrasse.
Am 19.3. begann ein Prozess gegen Hilmar Buddee wegen angeblicher versuchter Brandstiftung. Termine über Landgericht Moabit oder Anwaltskollektiv.
Am 1.3. bekam der Genosse Bernhard Braun wegen angeblicher Beteiligung an einem Brandanschlag (Sachschaden knapp 1000 DM) eine Freiheitsstrafe von drei Jahren verpaßt. Der Prozeß war von ihm boykottiert worden.

●

Finanzen: Die Rote Hilfe ist dringend auf Geldspenden angewiesen, um die finanzielle Versorgung der Genossen im Knast gewährleisten zu können.
SPENDET
in die Sammelbüchsen in Kneipen und Buchläden
oder auf unser Konto:
R. Fink Sonderkonto, PschaBerlinW
Nr. 337 637

Kleinanzeige

Im Horstweg 5 ist einiges los (Mietwucher, Kündigungsschreiben). Die Hausbesitzerin
Karin Christa Lamberg
15, Kudamm 48
soll noch mehrere Häuser in Berlin haben. Wer noch eins weiß, bitte Thilo 343 23 20 anrufen.

Presseerklärung der Roten Hilfe Westberlin vom 23.3.74

Lutz Buhr
z.Zt. "Vollzugs"anstalt Heidenheim, wurde am 5.3.74 per Verfügung der Kontakt zu insgesamt 14 Personen verboten (postalisch und Besuch). Diese Personen stellen praktisch seinen gesamten Kontakt nach draußen dar. Außerdem: seit dem 8.2.74 ist er in Einzelhaft, het Einzelhofgang und Einzelbad, ist ihm die Teilnahme an allen Gemeinschaftsveranstaltungen verboten, wird seine Zelle täglich durchsucht, Fesselung bei Vor- und Ausführungen, ist das Fenster bis auf einen kleinen Spalt geschlossen, keine Bücher, kein Warmwasser, keine Wechselwäsche. Lutz Buhr ist seit dem 5.3. im Hungerstreik.

Wir protestieren dagegen, daß durch Isolation, d.h. Entzug menschlichen Kontaktes versucht wird, unliebsame und Widerstand leistende Gefangene zu zerbrechen, um sie der unmenschlichen Ordnung des Gefängnisses anzupassen.

Persönliches: L.B. hat sich immer gewehrt, hat zurückgeschlagen, Beschwerden geschrieben, Sitzstreiks, Hungerstreiks. Er hat sich nicht unterkriegen lassen, nicht angepaßt.
als 24-jähriger bekam er 1967 nach 2 Jahren Jugendstrafe als Vorstrafen für einen Diebstahl vor dem Landgericht Offenburg 3 1/2 Jahre Zuchthaus und SV. der Schaden seiner Fälle betrug 800 DM. Er saß die Jahre ab und wurde mit 15 Jahren Sicherheitsverwahrung auf bewährung entlassen.
am 3.12.72 wurde er wieder festgenommen, er war gesucht worden wegen Einbruchs, Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, Erpresseung und Verdacht auf Sprengstoffverbrechen.
(Über Lutz Buhr ist eine Dokumentation erschienen, die zu beziehen ist über "Impuls-Buchladen", 633 Wetzlar, Postfach 1704)

Alle Sponti-Zeitungsfanatiker treffen sich am 30.3. um 16.30 Uhr im Soz. Zentrum, 21, Stephanstr. 60
Für den, der einen duften Namen findet, winken als Preise: Ehrenposten in der Redaktion, Frei-Abos, ein Zimmer in der Waldemarstr. 33
Alsdann, bis Samstag!

Es wurde festgelegt, daß das Plenum zukünftig von 19.30 - 22.30 tagt.

1.Mai

a) Feste

Ein Genosse des Jugendclubs Moabit berichtete über das 1.Mai-Fest 73 im kleinen Tiergarten. Dort wurden von verschiedenen Gruppen (insg. 10) verschiedene Zielgruppen mit Erfolg angesprochen, einzelne Leute sind hängen geblieben. Das z.T. schlechte Image der Gruppen wurde abgebaut; die Leute aus der Umgebung - und das waren nicht wenige - konnten sehen, daß die Gruppenmitglieder Menschen wie sie waren, mit denen man quatschen und Bier trinken kann. In diesem Jahr steigt das nächste Fest (und nicht nur am 1.Mai); sechs Gruppen wollen sich beteiligen.
Genossen der Stadtteilgruppe Neukölln (SGN) berichteten, wie sie mit dem Fest auf dem Herzbergplatz ihre Arbeit als Stadtteilgruppe in Neukölln begonnen haben. Intention war es, genau wie aus Tiergarten berichtet, sich als Linke darzustellen, mit den Leuten zu feiern und so mit ihnen ins Gespräch zu kommen, was z.T. auch gelang und über längere Zeit angehalten hat. Die Situation in der Gruppe (s. INFO 1) schließt ein eigenes Fest in diesem Jahr aus, sie will sich aber an einem anderen Fest in Neukölln beteiligen.
Wieviel 1.Mai-Feste in diesem Jahr stattfinden werden, ist noch nicht zu übersehen. Das nächste INFO soll sich damit beschäftigen. Das Treffen von verschiedenen Festinitiativen im Drugstore soll in der Woche nach Ostern stattfinden, hier sollen Erfahrungen ausgetauscht werden und vielleicht versucht werden, technisch zusammenzuarbeiten (gemeinsamer Einkauf drückt z.B. die Preise). Genauer Termin im nächsten INFO.
Klargestellt wurde, daß die Feste nicht als Alternative zur Demo zu sehen sind, sie haben ergänzenden Charakter und sind insofern auch nicht so sehr an den 1.Mai gebunden.

Demo

Es wurde davon ausgegangen, daß zwei Demonstrationen stattfinden: a) SEW in Neukölln, b) DGB von Fehrbelliner Pl. aus - hier will sich die KPD/RGO mit einem "revolutionären"Block anschließen.
Man sprach sich dafür aus, auf die Demo des DGB zu gehen. Die DGB-Spitze ist durch den Druck der Basis zur Straßendemo gezwungen worden, es gilt diese Basis zu unterstützen.
Außerdem wolle man die DGBler nicht mit ihren klassenversöhnlerischen Parolen alleine lassen. Auf der Demo sollen Parolen, die auf die Kämpfe der einzelnen Gruppen aufmerksam machen, getragen werden, auch soll versucht werden, die Demo lustbetont zu gestalten.
Die genauere Diskussion über die 1. Mai-Demo findet am Freitag, den29.3. im SZ statt. Das Mittwochsplenum wird dort seine Vorstellungen vertreten.(Ausführlicher Bericht im nächsten Info)

Info

Es wurde kritisiert, daß im letzten Info keine Selbstdarstellungen von Gruppen enthalten waren. Antwort: Selbstdarstellung fand anhand von Aktionen statt (z.B.Schillerpromenade).

Jugendheim Schillerpromenade

Hier entspann sich eine zum Teil unsolidarische Diskussion; dies lag auch daran, daß man emotional geladen war.
Ein Genosse warf "den Studenten" vor, sie hätten sich nur als Strategen des Klaasenkampfes bewiesen. Ihre eigene Angst vor der Auseinadersetzung mit den Bullen hätten sie versucht, hinter theoretischer Einschätzung zu verstecken. Entgegnung: Hier ginge es nicht um Angst (!?!), sondern um den strategischen Wert der Sache, diese war eben nicht klar. Auch sei die Aktion ungenügend geplant gewesen, man konnte nicht einschätzen, wie das Haus militant verteidigt werden sollte, und zu "Selbstmord"-Aktionen hätte man "keine Lust".

Das Problem der Militanz muß noch genauer geklärt werden.

Wer ist und was macht das Chile-Komitee ?

Etwa vor einem Jahr setzten sich ein zunächst kleiner Kreis von Genossen und interessierten Experten zusammen um eine breitere Öffentlichkeit in Westdeutschland über Einzelheiten des Verlaufs der wachsenden Klassenauseinandersetzungen in Chile zu informieren. Zu diesem Zweck entschloß man sich regelmäßig "Chile-Nachrichten" herauszugeben. Ein breites Interesse der gesamten Linken bis hin zu den Jusos stellte sich dann schlagartig her, als am 11.9.73 mit dem Putsch die sozialistische Regierung zerschlagen wurde, und die Reaktion daranging, die chilenische Linke systematisch auszulöschen. Das Komitee wurde nun mit Aufgaben überhäuft. Sammelte man vorher Nachrichten und beschäftigte sich mit einzelnen Fragen der Klassenkämpfe in Chile, so kam es nun darauf an, Aktionen vorzubereiten und durchzuführen, Teach-ins, Diskussionen bei Gewerkschaftsveranstaltungen, Geldsammlungen, Informationsstände und das Herstellen von Sonderinfos zu organisieren.
Die Aktualität der Ereignisse in Chile veranlaßte eine Reihe von Genossen (Gum, Frauenzentrum, Sakjur) mitzumachen, sodaß bei den Plenen teilweise über 50 Leute anwesend waren. Die neue Aufgabenstellung veränderte natürlich auch den Charakter des Chile-Komitees. War es vorher in erster Linie der Anspruch zu informieren, so waren besonders die Neu-Hinzugekommenen daran interessiert, Formen der Solidarität und des Widerstands zu diskutieren. Auf die Widersprüche, die dabei aufgetreten sind, einzugehen, würde hier zuviel Raum wegnehmen.
Zunächst dachten wir an die Notwendigkeit breiter Information über Chile. Dabei gelang es uns zwar sehr schnell Informationsstände in den verschiedenen Stadtteilen zu errichten. Wir mußten aber doch feststellen, daß ein Interesse für antiimperialistische Aktionen nur sehr vereinzelt war. Offensichtlich sind die Massen die gerade erst anfangen in Lohnkämpfen zu holen, was ihnen sowieso gehört, mit Problemen, die der Imperialismus aufwirft, überfordert, was aber nicht beseutet, daß man deshalb darauf verzichtet aufzuklären. Der relativ schwache Effekt den wir erzielten, nämlich nur wenig Mobilisierung in den Stadtteilen und Betrieben, bereitete uns natürlich besondere Schwierigkeiten, die richtige Form des Widerstands gegen bzw. der Einwirkung auf verschiedene SPD- und Regierungsinstanzen zu finden, von denen wir wußten, daß sie der Konterrevolution in Chile so gut wie nichts entgegensetzen würden. An diese mußten wir uns aber auf der anderen Seite als letzte Instanz wenden, wenn es darum ging, einzelne Genossen, deren Namen uns bekannt waren, über diplomatische Kontakte usw. vor Folter und Tod zu bewahren. Dieser Widerspruch existiert auch heute noch. Dadurch, daß wir ihn nicht radikal nach einer Seite hin, nämlich gegen die SPD, gelöst haben, ist es uns andererseits noch möglich, Kontakte zu den Jusos herzustellen und mit ihnen die Gefahr konterrevolutionärer Anschläge gegen linke Regierungen in Westeuropa zu diskutieren und gegebenenfalls Aktionen zu organisieren.
Damit wären wir bei Fragen der sog. Aktionseinheit. Wer in West-Berlin unter Linken mobilisieren will, gerät zwangsläufig in einen Clinch linker Gruppen und Parteien, von denen jede möglichst viele ihrer Haupt- und Nebenparolen besonders hervorgehoben sehen will. Dies mußten auch wir bei der großen Novemberdemo mitmachen. Es dauerte sehr lange, bis die Jusos begriffen, daß auch die Unterstützung des bewaffneten Widerstands gegen die Junta eine für uns unabdingbare Forderung ist. Ebenso lange brauchten die SEW-Vertreten um zu kapieren, daß von den politischen Gefangenen entweder die bekannten Genossen aller linken Organisationen oder gar keiner besonders genannt wird; zum anderen: daß die

Betriebs- und Stadtteilräte an der Basis außerhalb der Parteien (poder popular) Bestandteil der chilenischen Revolution und nicht Ausdruck einer Spaltertätigkeit der "Linksradikalen" war. (wie die Revis es behaupten).
Als dann im Dezember Willi Brandt nach Berlin kam, mußten wir erfahren, daß überhaupt keine Organisation mehr bereit war, irgendwas zu machen. Politische Gefangene und die Forderung nach freier Einreise und Asylgewährung in der BRD waren damals bei den Parteien nicht aktuell. So versuchten wir, mit 50 - 100 Leuten dem Kanzler ständig auf den Fersen zu bleiben, um ihm bei jeder Gelegenheit unsere Forderungen vorzutragen. Erstaunlicherweise wurde das in den Medien ausgiebig behandelt.
Im übrigen haben wir bis heute eine Reihe von Veranstaltungen zum Teil mit Genossen aus Chile oder mit Filmen durchgeführt bzw. solche von Parteien oder Gruppen besucht.
Als nächste größere Aktion ist eine Konferenz mit anschließender Demo aller unabhängigen westeuropäischen Chile-Komitees am

26./27.April 74
in Frankfurt

geplant. Wir diskutieren im Augenblick, welchen Beitrag das Westberliner Komitee leisten kann.
Wir haben einige Thesen diskutiert und verabschiedet, die man, wenn Interesse besteht, im nächsten INFO veröffentlichen kann. Außerdem wollen wir am 1.Mai möglichst wirksam zum Ausdruck bringen, daß es den chilenischen Widerstand und daß es tausende politische Gefangene gibt, für deren Befreiung wir eintreten müssen, bevor sie ermordet werden. Dazu ist der 1.Mai der richtige Anlaß.
Die Junta scheint nach einem halben Jahr einigermaßen fest im Sattel zu sitzen. Das scheint einige Genossen zu veranlassen, die Aktivitäten für Chile einzuschränken. So sind wir wieder etwas zusammengeschrumpft. Das hält uns aber nicht davon ab, die Sache der chilenischen Revolution weiter zu propagieren und uns darum zu bemühen, bestimmte Erfahrungen aus den chilenischen Klassenkämpfen zur Kenntnis zu nehmen und Konsequenzen für uns in Westeuropa daraus zu ziehen.
Die Diskussion hört nicht auf, sondern sie hat eigentlich noch gar nicht richtig angefangen

Im Komitee gibt es verschiedene Arbeitsgruppen.
AG Flüchtlinge: Die Gruppe versucht, chilenische Flüchtlinge in Westberlin mit Geld sowie mit der Bereitstellung von Wohnungen, Kleidung und dem Nötigsten zum Leben zu unterstützen. Außerdem war es wichtig, die Dinge mit der Ausländerpolizei, Versicherung, Sprachunterricht usw. zu regeln.
AG Chile-Nachrichten: Sie verfaßt die Artikel über die Situation in Chile für die Chile-Nachrichten, die etwa alle 3 bis 4 Wochen erscheinen und stellt die Chile-Nachrichten her. Außerdem gibt's ein Archiv mit Informationen aus Chile.
AG Medien: Es wurden Inhaltsangaben und Analysen über Filme aus und über Chile verfaßt. Im Moment wird eine Dia-Serie hergestellt, die vor allem Grundinformationen über Chile und die Zeit während der UP-Regierung behandelt.
AG Schüler, Lehrlinge und Arbeiter: Hier werden Veranstaltungen in Jugend(freizeit-)heimen, Lehrlingsgruppen usw. vorbereitet.
AG Hochschulen: Die Gruppe macht im Moment hauptsächlich Bücherstände mit Informationen über Chile. Für das Sommersemester sind Veranstaltungen geplant.

Außerdem gibt's einen Koordinationsausschuß, der sich freitags ab 17Uhr in der Koblenzerstr. 8 , 1Bln 31, trifft.
WER INTERESSE HAT, KANN MITMACHEN!!!

Das Chile - Komitee hat jeden Sonntag ab 18 Uhr Plenum in der ESG, Carmerstr. 11

Über die Gum

Die GUM entstand im Oktober 1972 auf Initiative einer Gruppe von Genossen, die sich im Sommersemester zuvor auf einem Seminar an der PH berlin kennengelernt hatten. Intention dieses Seminars an der PH war gewesen, eine Verbindung von Theorie und Praxis zu schaffen. Die Genossen sollten für eine Praxis im außeruniversitären Bereich motiviert werden. Die Genossen, die schon im Stadtteil arbeiteten, sollten mit hilfe dieses Seminars endlich den Schritt hin zu einer theoretisch begründeten und reflektierten Praxis im Stadtteil, weg von der theorielosen "Wurschtelei", schaffen. Das Seminar ging schief und konnte sein Ziel nicht erreichen.
Die Gruppe, die später die GUM initiierte, konstituierte sich aber in den Diskussionen dieses Seminars. Man war sich einig, erneut den Versuch einer Verbindung von praktischer Arbeitund Theorie anzugehen. Diesmal allerdings nicht im Rahmen eines Seminars, sondern im Rahmen einer politischen Gruppe.
Die diskussionen innerhalb der Initiativgruppe, die sich in der Zwischenzeit um ein paar Genossen erweitert hatte, wurden gegen Ende der Sommersemesterferien intensiviert. Man hatte sich vorgenommen, zu Beginn des Wintersemesters mit einem Thesenpapier an die Öffentlichkeit zu treten. Schwerpunkte dieser Diskussionen waren Fragen des Verhältnisses von Politischer Arbeit und Bedürfnissen, Theorie-Praxis-Verhältnis, Selbstorganisation, Rolle der Studenten und dialektische Methode. Das Ziel dieser Diskussionen war die Erarbeitung einer inhaltlichen Alternative zu den bestehenden Parteigruppierungen. Man ging davon aus, daß diese Altenative in der Praxis vieler arbeitender Gruppen schon bestand, "ohne jedoch ein angemessenes Bewußtsein von sich selbst gehabt zu haben und auf den Begriff gebracht worden zu sein". Mit anderen Worten, man wollte den Theoriebildungsprozeß der undogmatischen Linken endlich vorantreiben. Dies sollte allerdings im engen Zusammenhang mit praktischer Arbeit geschehen, bzw. auch die schon in der Praxis von anderen Gruppen gemachten Erfahrungen einbeziehen. Auch die einzelnen "Mitglieder" der Initiativgruppe brachten ja jeweils schon praktische Erfahrungen aus ihrer politischen Arbeit mit.
Zu Semeseterbeginn verteilte die Initiativgruppe dann an der PH ein Flugblatt, in dem zum Gruppentermin eingeladen wurde. Zu diesem Gruppentermin erschienen etwa 5o - 6o Genossen, die meisten von ihnen studierten an der PH. Ein Teil der Genossen hatte auch schon vorher in anderen politischen Gruppen mitgearbeitet. Die Initiativgruppe hatte es sich zum Ziel gesetzt, daß alle die mitarbeiten wollten, möglichst in eine Praxis außerhalb der Hochschule vermittelt werden. Es wurde eine Stadtteilgruppe, eine Hochschulgruppe und eine Schulpraxisgruppe gegründet. Außerdem wurde ein wöchentliches Plenum eingerichtet, in dem sich alle Gruppen trafen. Dieses Plenum hatte a) die Funktion der gemeinsamen Theoriebildung, b) die Aufgabe, die Arbeit der einzelnen Gruppen zu koordinieren. Ab Dezember 1972 erschien fast jede Woche ein gemeinsames Info (dieses Info ist in der Zwischenzeit nach der 45. Nummer eingestellt worden und in das INFO BUG aufgegangen).

Zur Stadtteilgruppe

Die Arbeit in der Stadtteilgruppe lief ziemlich langsam an. Ungefähr 15 Genossen arbeiteten hier mit. Lange Zeit war man auf der Suche nach einem Praxisfeld. Von Anfang an war allerdings klar, daß sich die Genossen auf Jugendarbeit beschränken wollten. Um ein geeignetes Praxisfeld zu finden, erkundeten die Genossen sämtliche Jugendfreizeitheime in Charlottenburg und Kreuzberg. Kontakte zu anderen Gruppen, die Jugendarbeit machten, wurden aufgenommen, was allerdings nicht zu einer Koordinierung der Arbeit führte. Es blieb bei einzelnen Kontakten. Ein Teil der Gruppe begann dann nach zwei Monaten in Kreuzberg in einem Jugendfreizeitheim mit der

Arbeit. Die kontaktaufnahme zu den Jugendlichen gestaltete sich zunächst ziemlich schwierig. Später gelang es, in eine Mädchengruppe einzusteigen und sie zu stabilisieren. Die dort arbeiteden Genossinnen allerdings verloren, sowie die Arbeit dort lief, immer mehr den Kontakt zu der GUM. Zum Plenum kamen sie gar nicht mehr und zur Stadtteilgruppe immer sporadischer. Schließlich riß der Kontakt ganz ab. Sie arbeiteten danach noch etwa ein dreiviertel Jahr in dem Jugendheim mit Erfolg weiter.

Der andere Teil der Gruppe nahm erst ein halbes Jahr später die Arbeit in einem anderem Freizeitheim in Kreuzberg auf. Nachdem die Genossen die Arbeit dort aufgenommen hatten, verselbständigten sie sich ebenso von der GUM und kamen nach und nach immer seltener und schließlich gar nicht mehr zum Plenum.

Zur Hochschulgruppe

Anfangs trat die gesamte GUM als Gruppe an der PH auf und versuchte Einfluß zu nehmen. Es wurden verschiedene Redebeiträge auf den VV's gehalten, in denen eine inhaltliche Alternative zu den Parteigruppierungen dargestellt wurde. Auch versuchten wir, Aktionen zu initiieren. Eine von uns im Zusammenhang mit dem PH-Streik initiierte und teilweise auch organisatorisch getragene Aktion war die Verteilung von etwa 5o ooo Flugblättern an allen Berliner schulen im Wintersemester 1972/73. Nach dieser Aktion zogen wir uns mehr und mehr aus der Hochschule auf die Arbeit in außeruniversitäre Praxisfelder zurück, da ein volles Engagement an der Hochschule und im Stadtteil nicht drin war.

gleichzeitig im Stadtteil nicht drin war. In der Folgezeit konstituierte sich eine eigene GUM-Hochschulgruppe, die allerdings nicht mehr in "großem Stil" an die PH-Öffentlichkeit trat, sondern sich auf Seminarkritik-Gruppen, vereinzelte Flugblätter und Mitarbeit in den Abteilungsgruppen beschränkte. Derweil wurde auch versucht, eine inhaltliche Alternative in der Hochschulpolitik zu formulieren. Dieser Versuch blieb allerdings in bescheidenen Anfängen stecken.

Schulpraxisgruppe

In dieser Gruppe arbeiteten zeitweise bis zu 3o Genossinnen und Genossen mit. Es gab verschiedene Untergruppen, die Arbeit dort geschah in engem Zusammenhang mit Lehrergenossinnen(die damals auch in der GUM mitarbeiteten) und bezog sich hauptsächlich auf den Freizeitbereich. Es gab eine Jugendarbeitsgruppe, eine Gruppe, die eine Unterrichtseinheit über Berufsberatung und -aufklärung ausarbeitete und eine Gruppe, die sich mit Schüllerladenarbeit beschäftigte. Die Arbeit in der Schularbeitsgruppe litt von Anfang an unter dem unverbindlichen Arbeitsstil. Mitte 1973 hörte die Gruppe mit ihrer Arbeit auf.

Neben diesen drei Gruppen gab es noch eine Gruppe, die im Rahmen eines Theorie-Praxis-Seminars von der PH aus im Märkischen Viertel Mieterarbeit machte. Sie arbeitete im dortigen Miterschutzbund mit und versuchte durch ihre Arbeit insbesonders den Aufbau von Mieterräten im MV voranzutreiben.
Auch an der damaligen Rauchhauskampagne beteiligte sich die GUM mit verschiedenen Genossen aktiv.
Im Frühjahr 1973 wurde auf Initiative einiger GUM-Genossen hin die Stadtteilgruppe Charlottenburg gegründet, die in Charlottenburg Mieterarbeit und später auch Jugendarbeit begann. Das Verhältnis zur GUM entwickelte sich problematisch, da die Stadtteilgruppe nicht die Notwendigkeit eines organisatorischen Zusammenhangs mit der GUM einsah.

Über längere Zeit stand die GUM auch in Kontakt zu einer Betriebsgruppe. Die Betriebsgruppe war an die GUM herangetreten, da sie plante, ein Arbeiterzentrum aufzubauen. Das Projekt sollte einen Zusammenhang zwischen Produktions- und Reproduktionsbereich herstellen und folgende Einrich-

tungen enthalten: 1. Kinderladen für Kollegen, möglicherweise auch für Kinder aus dem Stadtteil, 2. eine Kneipe als politischer Club für Arbeiter, 3. Jugendzentrum. In einer Arbeitsgruppe wurde die Realisierung des Projekts angegangen. Die Arbeit dieser Gruppe scheiterte nach einigen Monaten vorläufig daran, daß nicht genug Genossen gefunden werden konnten, die sich bereitgefunden hätten, über längere Zeit verbindlich mitzuarbeiten.

Im März 1973 kam es zu größeren Konflikten in der GUM, die die Arbeit immer mehr lähmten. Es hatten sich zwei Fraktionen gebildet, wovon die eine Fraktion die Meinung vertrat, daß die GUM sich als PH-Hochschulgruppe verstehen müßteund die Inhalte ihrer Arbeit primär von ihrem Arbeitsplatz, also vor allem von der PH her bestimmen müßte. Die ander e Gruppe ging davon aus, daß sich die Inhalte der Hochschulpolitik nur von der Praxis zumindest für Sozialpädagogen und Lehrer (gleichermaßen sicher auch für Architekten,Juristen, Mediziner u.a.) antizipiert in der politischen Arbeit im Stadtteil, bestimmen müssen. Außerdem gelte es, einen organisatorischen Zusammenhang zwischen Gruppen, die in verschiedenen Praxisbereichen arbeiten, herzustellen. Die Auseinandersetzung endete mit einem "Gesundschrumpfungsprozeß". Die Genossen, die die GUM ausschließlich als PH-Hochschulgruppe verstanden, zogen sich auf die GUM-Hochschulgruppe zurück. Später gaben sie die Arbeit auf, da sie nicht mit der geforderten Verbindlichkeit arbeiten wollten.

In dieser Zeit kam die GUM auf dem ersten Treffen der Stadtteilgruppen auf Burg Rothenfels mit der SG Neukölln zusammen. Eine nähere Zusammenarbeit , die sich allerdings auf die Mitarbeit einiger Genossen aus der SG in der GUM beschränkte, wurde beschlossen. Auf diesem Treffen wurde auch auf unseren Vorschlag hin das überregionale Stadtteilgruppen-Info eingerichtet, in dem die GUM wiederholt Artikel und Berichte veröffentlichte.

Von dieser Zeit an wurde in der GUM der Theoriebildungsprozeß verstärkt vorangetrieben, dessen Ergebnis das kürzlich vorgelegte Positionspapier ist. Im Augenblick macht die GUM als Gruppe keine eigene Praxis, obwohl alle , die in der GUM mitarbeiten , in irgendeiner Praxis engagiert sind.

Dieser Bericht hat eher beschreibenden Charakter und analysiert nicht die Entwicklung der Gruppe und die auftretenden Schwierigkeiten mit den Untergruppen. Weder haben wir bisher aufgearbeitet, 1. warum sich die Untergruppen verselbständigten, noch 2. wie sich der Widerspruch zwischen Emanzipationsanspruch und -wirklichkeit in der Gruppe entwickelte. Die Diskussionen haben allerdings begonnen. Wir werden über die Ergebnisse berichten.

--- ---

Elisabeth (25, Wohngemeinschaftserfahren) sucht Zimmer in lustiger politisch interessierter WG zwecks gemeinsamer Stadtteil-(Jugend-) Arbeit. Tel. 832 46 46

Studentin (24), Jura u. Psychologie, sucht Zimmer, möglichst in WG bei netten linken Leuten. Evtl. Zimmertausch möglich. Tel. 803 43 11 ab 22 Uhr.

Analyse und Perspektive des Konflikts in der Neuköllner Genezareth-Gemeinde

Als uns am Freitag das zweite Mal die Polizei aus den Räumen des Jugendheims herausholte, sah alles nach einer Niederlage aus. Jetzt ist alles aus, dachten viele. Aber es zeigte sich, daß in diesem Fall die Sache nicht so einfach zu beenden war, wie etwa bei anderen gescheiterten Hausbesetzungen. Man konnte nämlich das vierstöckige Gemeindehaus nicht der Einfachheit halber abreißen, wie man dies etwa nach der Besetzung in der Lützowstr. gemacht hatte. Außerdem war es bei Genezareth nicht so wie bei anderen Hausbesetzungen, daß man extra durch ein Teach-in o.ä. die Hausbesetzer aus allen Stadtteilen zusammenrufen mußte. Die Jugendlichen von der Schiller, die das Jugendheim besucht haben, treffen sich auch jetzt jeden Tag auf der Schillerpromenade, um sich in den Parkanlagen aufzuhalten. Jeden Tag gehen sie am Jugendheim vorbei. Und wer hätte nicht genug Wut, jeden Tag neu eine Scheibe einzuschlagen. Man mußte also das Gemeindehaus in der unteren Etage von außen vernageln und Polizei davor postieren. Und das ist nun gar kein hübscher Anblick für ein kirchliches Haus, wenn die Polizei jetzt das von außen macht, was wir von innen gemacht haben. Darüberhinaus macht eine Welle von innerkirchlichen Protesten den Pfarrern und Gemeindekirchenratsmitgliedern (GKR) zu schaffen. Daß viele Jugendclubs und Jugendpfarrämter sich solidarisieren würden, war klar, aber es gibt auch eine Reihe von Pfarrern, kirchlichen Journalisten, die eindeutig für uns Partei ergreifen, und sicherlich eine breite Masse derer, die dafür sind, uns wieder ins Heim zu lassen, damit der Skandal ein Ende hat (Genezareth heißt inzwischen: die Knüppelgemeinde). Es gibt also genug Gründe, warum die Pfarrer nicht einfach die Sache abhaken können. Und - nicht zu vergessen, schließlich könnten ja auch diese fürchterlichen Anarchisten, KSVler oder FDJler - nichts genaues weiß man nicht - wiederkommen und alles kurz und klein schlagen.

Alle diese Überlegungen haben dann wohl zu dem Angebot geführt, am Mittwoch, dem 20.3., mit den Jugendlichen von der Schiller und den Sozialarbeiterinnen zu verhandeln. Da der GKR aber nicht bereit war, die fristlosen Kündigungen der Sozialarbeiterinnen zurückzunehmen, waren die Jugendlichen auch nicht bereit, über die anderen Punkte zu reden, und verließen die Verhandlung.

Inzwischen hat sich ein Krisenstab aus kirchlichen Mitarbeitern in Genezareth gebildet, der Vorschäge ausarbeitet und versucht, zwischen den Jugendlichen und dem GKR zu vermitteln. Der Vorschlag dieses Krisenstabes ist inzwischen, den GKR zu bitten, die fristlosen Kündigungen zurückzunehmen, für die jetzigen Mitarbeiterinnen langfristig Mitarbeiter anzustellen, die ebensogut mit den Jugendlichen auskommen, außerdem noch einen weitern Sozialarbeiter für die geschlossene Arbeit, die dann neben der offenen Arbeit laufen soll, einzustellen und einen anderen Pfarrer - wohl den porgressivsten in dieser Gemeinde - mit der Jugendarbeit zu betrauen.

man sieht, man kommt uns langsam aber sicher entgegen, obwohl im Augenblick keine Aktionen laufen, sondern nur Propagnada.
Am Dienstag hatten wir noch einmal alle Jugendlichen der Gegend, die Bevölkerung und die Sympathisanten zu einem Fest eingelanden, das auf der Schillerpromenade stattfand. Es sollte:
1) Uns Spaß machen, nach den anstrengenden Tagen der Besetzung.
2) Uns Aussprache mit den eingeladenen ermöglichen, die - z.T. auch aus Kirchenkreisen - da waren. Dazu hatten wir eine Reihe von Wandzeitungen angefertigt und Unterschriftenlisten ausgelegt.
3) Den Pfarrern und der Polizei zeigen, daß wir noch da sind, und zwar nicht zu knapp.. (Daraufhin zeigten sie uns allerdings auch, daß sie noch da sind, wenn auch aus der Entfernung.)

4) Der Bevölkerung klarmachen, daß wir keine Terroristen sind.
Das Fest ging dann auch von 17 - 21 Uhr friedlich über die Bühne. Obwohl wir keine Erlaubnis hatten vom Gartenbauamt, das Fest zu machen(weil dabei immer so viel zertreten wird) und sogar eine Band spielte, hat uns kein Bulle aufgefordert, wegzugehen oder leise zu sein. Man war wohl froh, daß wir das Jugendheim nicht ein 3. mal besetzen wollten.
insgesamt kann man sagen, daß es auf jeden Fall gut war, den Konflikt so auszutragen, wie wir es gemacht haben. Während wir in den Gemeinden herumgingen und über unsere Probleme sprachen, haben wir oft gehört, daß ähnliche Probleme wie bei uns einfach so unter der Hand ausgemauschelt wurden. Es gab auch Ansätze bei Jugendlichen, sich gegen Entscheidungen vom GKR zu wehren, da es aber nie so extrem verlief wie bei uns, drang die Sache meist nicht an die Öffentlichkeit.
Was die politische Perspektive anbetrifft , so sind wir der Meinung, daß man die Kirche zwingen muß, ihrem sozialen Anspruch konsequent nachzukommen. Tut sie das nicht, so muß die Konsequenz sein: Heraus aus den Kirchen. Laßt die Kirche zur Sekte werden. Eine Spaltung der ev. Kirche ist in diesem Zusammenhang nicht unwahrscheinlich, zumal sich im Augenblick auf höherer Kirchenebene die Rechten formieren. Aber sei's drum.

Was die weitere Kampfperspektive betrifft,so sind für uns im Augenblick die wichtigsten Momente:

1) Den Zusammenhalt zu wahren. Deshalb treffen wir uns jeden Wochentag auf der Schiller oder in der Kneipe gegenüber und unternehmen auch weiterhin zusammen etwas.
2)Propaganda zu machen, Unterschriften und Geld zu sammeln.
3) Pläne zu machen für weitere Aktionen, falls die Verhandlungen scheitern.

Wer uns bei dieser Arbeit unterstützen will, sollte Kontakt zu uns aufnehmen: Tel. 313 97 64

Es hat sich allerdings mal wieder gezeigt, daß man am besten Leute gebrauchen kann, die mit anfassen, wenn es etwas zu machen gibt, z.B. drucken, Flugblätter verteilen und ähnliches. Aber leider gibt es immer noch zu viele, die kommen und nur mitreden wollen, oft ohne die ga nze Situation zu kennen und uns dadurch nur aufhalten. So gab es beispielsweise Leute bei der Besetzung, die riefen und Schrieben:"Für ein selbstorganisiertes Jugendzentrum", was sicherlich eine schöne Forderung ist, aber in keiner Weise den Verhältnissen und den Forderungen der Schiller angemessen ist.
Unsere Forderung dagegen lautet:
Das Jugendheim muß offen bleiben.

Zu erwähnen ist noch, daß gegen die beiden Mitarbeiterinnen Anzeige wegen Haus- und Landfriedensbruch ergangen ist. Auch dagegen müßte etwas unternommen werden.

PROJEKTGRUPPE RICHARDPLATZ

Im Info 3 wurde im Artikel zum Plenum die Situation autonomer Kleingruppen angesprochen.
Ein Problem wurde darin jedoch nicht erwähnt: das Zeitproblem. Das hört sich läppisch und hochgestochen an, hat aber in unserem Fall einen Wahrheitsgehalt.
Kurz zu unserer Situation: Bei dem Mittwochsplenum sind wir bekannt als die Leute vom Richardplatz.
Wir sind 10 Leute, keine Studenten, alle in Arbeitssituationen. Arbeiter, Büroler, Lehrling, mehrere Erzieher. Wir sind zum Teil schon seit 3 Jahren als Gruppe zusammen, haben praktische Ansätze versucht, haben aber die meiste Zeit nur Theorie gemacht und als Praxis die Gruppe aufrecht erhalten. Durch Arbeitengehen sieht die Sache natürlich schwieriger aus, weil unterschiedliche Bedürfnisse

vorhanden sind und auch bei den Gruppenmitgliedern in den verschiedenen Arbeitsbereichen Probleme und Ansätze auftauchen, die denen der Gruppe entgegentreten. (Z.B. war einer von uns einige Zeit Betriebsrat, hatte also für die Gruppe wenig Zeit. Auch hatten einige Erzieher Prüfung, und somit auch keine Zeit für die Gruppe.)
Wir haben unsere Gruppe aber nicht aufgelöst, weil wir keine Alternative zur Gruppe haben (obwohl wir keinen 600 %igen Standpunkt haben), sondern weil wir uns ganz gut kennen, und meist im selben Dreh wohnen.
Auf was wir eigentlich hinauswollen ist das Zeitproblem: Die oben gegebenen Informationen kann man nicht als Gruppenstandpunkt verstehen, da wir momentan nicht in der Lage sind, uns selbst zu definieren. Die Sache ist uns etwas über den Kopf gewachsen.
Sonntags ist Treffen wegen des Neuköllner Stadtteilladens, montags ist Gruppentreffen, dienstags haben wir Telefondienst, mittwochs Plenum im SZ und an den restlichen tagen treffen sich nochmals nochmals zwei untergruppen (Betriebsprobleme im Stadtteil und Jugend und Kinderprobleme im Stadtteil)
Wir haben uns als Gruppe entschlossen gemeinsam unsere Praxis im Stadtteil zu suchen, d.h. also Stadteilarbeit, wobei man irgendwann die Frage nach der Freizeit und nach den Bedürfnissen der einzelnen Genossen stellen muß. Als dann die GUM und einige andere die Initiative zur Koordinierung der Sponti-Gruppen ergriffen, fanden wir es ganz gut, daß endlich versucht wird die Isolation aufzuheben.
Die Termine haben sich in der Zwischenzeit so angehäuft, und durch das wöchentliche des INFO ist eine dermaßene Schnelligkeit in die Sache gekommen, daß wir die Sache nicht mehr richtig anpacken können. Wir stehen der Entwicklung eigentlich entfremdet gegenüber und sind durch den Zeitdruck nicht in der Lage, Artikel, es sei denn Artikel im Kollektiv zu schreiben.
Daß man diese Entwicklung auch an anderen kleinen Gruppen sehen kann, ist an den mangelnden Artikeln über die Gruppen im INFO zu erkenner.
Bisher gab es noch keine ausführliche Gruppendarstellung. Verallgemeinert man unsere Situation, ist wahrscheinlich etwas realistisches dran: das INFO wird nur von wenigen getragen, vor allem von Genossen, die viel Zeit investieren können. Wir meinen, daß das INFO momentan zu häufig erscheint. Der Absatz klappt nicht, weil die beteiligten Gruppen bisher nicht in der Lage sind, den Vertrieb kontinuierlich zu organisieren.
Auch kommen wir mit der häufigen Erscheinungsweise des INFO nicht richtig klar, bei uns erhalten manche Genossen das INFO erst, wenn das neue schon wieder in Arbeit ist, also am Wochenende.
Unsere Ansicht ist, daß die einzelnen Genossen mit der Zeit verschlissen werden, wenn das Tempo weiter so anhält.
Wir sehen in unserer Gruppe keinen Rückfluß und keine umfangreiche Diskussion. Auch häufen sich soviele Sachen, daß wir einfach ausflippen, zumal wir vorhaben, eine noch nicht zu definierende Stadtteilarbeit in Neukölln zu beginnen. Nebenbei stehen bei uns auch noch Probleme im Betrieb an (der sogenannten Basis), so daß wir oft mit Kollegen in unserer Freizeit über die Kollegen und ihre Probleme im Betrieb reden müssen.
Unser Vorschlag:
Da wir uns bei dem wöchentlich erscheinenden INFO überfordert fühlen und nicht mehr kontinuierlich mitarbeiten können, sollte man vielleicht mal die Initiative der Genossen diskutieren, die vor kurzem die Nullnummer zum Aufbau einer neuen Zeitung für Westberliner Spontis (ähnlich Berliner Anzünder, Hundert Blumen, 883, Fizz, Bambule) herausgegeben haben.
Ihr Ziel ist es, die Zeitung vorerst alle 4 Wochen erscheinen zu lassen. (Vieleicht wäre alle 2 - 3 Wochen besser) Unserer Meinung nach würde die Zeitung die Notwendigkeit des INFO ablösen, weil auc durch die flexiblere Aufmachung größere Teile der undogmatischen Linken erreichen kann. Auch würde durch sie die Bevölkerung eher angesprochen werden.
Über die weiteren Ziele des INFO, nämlich einen Ansatz für eine linke Gegenöffentlichkeit zu schaffen, müßte man sich was einfallen lassen. Es sollten mehr Termine veröffentlicht werden.
Vielleicht sehen wir die Sache auch zu schwarz, aber ausspucken muß man die Probleme und Widersprüche schon.

Projektgruppe Richardplatz

EIN PAAR AUFREGUNGEN

Für Nichtdogmatiker müßte es klar sein, sich nicht auf das Geschwätz von Übergangsperioden einzulassen. Insofern interessiert nicht Bürger -Assozialer, Student-Arbeiter, Frau -Mann.
Jede Gruppe geht an der sozihistorischen Begrenzung ihrer Zusammensetzung (Nur-Studenten, Nur-Frauen usw.) kaputt, h.h. isoliert sich immanent logisch. (Intellektuelle Neugier ist oft Reiz und Zier, aber nicht logisch Einsicht in die Notwendigkeit, oder anders: die Bedürfnisse, die individuellen, müssen sich an den objektiven reiben. Erst wenn die Begrenzung des Erfahrungshorizontes individuell einsichtig wird, entstehen Gruppen - und Klassenzusammenhänge. Viele "von euch" haben zu viele Möglichkeiten, können mit Ein- und Aussteigen spekulieren (ich auch)).
Erst wenn das Individuum persönlich konsequent ist, Überflüssiges (Bourgeoises) an sich wie anderen bekämpft (abschafft), z.B. den Traum vom bürgerlichen Original, geht es nicht mehr in Hierarchien, Übergangsperioden usw. unter.
Euer Info gibt allen Nicht-Dogmatikern Mut, ABER: ihr müßt es schaffen, die nutzlose Publikationsgeilheit und Verzettelung vieler Initiativen zu vereinheitlichen. ("Provinzialismus" der Stadtteilzeitungen, derKnast- und Asylarbeit). Erster Schritt: Zusammenschlüß aller internen Infos; zweiter: Aufhebung der Trennung von "Gegenkultur", Stadtteil-, Betriebs- usw-Arbeit (Zusammenschluß von Hublu, Bambule, LM, RH, GUM und Anarchos usw.) Durch den Abbau von Scene-Zeitungen und den Aufbau von Volksnachrichten.
Das müßt ihr schaffen!
Im Plenum: vom SPK lernen: Erkennen von Einzel-, Gruppenproblematik, aber dann nicht Einzeltherapie durch den Führer, sondern Aufteilung in Arbeitsgruppen für individuelle Schwierigkeiten und Alternativen, für Stellungnahmen und Analysen allgemeinpolitischer Konflikte.
Schluß mit den Kleinkrämern (in-group)
Raus ins Leben
Für eine Volksuni und revolutionäre Arbeit überall
Nicht unterkriegen lassen
Das macht Spaß!
P. Staimmer

TS 22.3.74 S.10

Antrag zugunsten der „Putte" von Bezirksverordneten abgelehnt

Unter regen Beifallsäußerungen von der Zuschauertribüne nahm sich ein FDP-Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung Wedding gestern der Bürgerinitiative „Putte" an. Wie schon mehrfach berichtet, müssen Wohngemeinschaft und die angeschlossene Kindertagesstätte den von ihr belegten Teil des Miethauses Rügener Straße 20 bis zum Sonntag, 31. März, räumen. Die FDP-Fraktion beantragte, der Bürgerinitiative die weitere Nutzung des Hauses zu ermöglichen, da zur Räumung kein zwingender Grund bestehe und das Bezirksamt keine gleichwertige Alternative der Unterbringung angeboten habe. Die Fraktionen der SPD und CDU lehnten den Antrag ab, weil man „illegale Wohngemeinschaften nicht mit öffentlichen Geldern legitimieren" wolle.

Mißfallens- und Beifallsäußerungen kamen von Mitgliedern der Bürgerinitiative „Putte", der Vorsitzende mußte mehrfach um Ruhe bitten. Zur Sicherung der Versammlung stand die Polizei mit mehreren Einsatzfahrzeugen hinter dem Rathaus bereit.

HIER SCHREIBEN WIR NOCHMAL GANZ **DICK** HIN, DASS WIR AUF EURE MITARBEIT ANGEWIESEN SIND!



Häuserkampf in Frankfurt und Berlin - Neue Stufe der Klassen= kämpfe ?

Seit den Ereignissen in Frankfurt sind die Diskussionen über mili= tante Aktionen,Hausbesetzungen und sogar bewaffneten Kampf wieder in Gang gekommen. In Berlin haben diese Fragen noch an Aktualität gewonnen durch die Besetzung des kirchlichen Jugendheims an der Schillerpromenade und durch die zu erwartenden Auseinander= setzungen um die Putte und das Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrum.
Nach einigen Monaten relativer Ruhe in der politischen Szenerie Westberlins scheinen jetzt wieder heftige Kämpfe bevorzustehen - bedingt durch die massiven Ver= suche von Bezirksamt und Senat, die bestehendes selbstverwalte= ten Jugendzentren,überhaupt jegliche selbstinitiierte Jugend= arbeit kaputtzumachen und durch den zu erwartenden heftigen Wi= derstand der betroffenen Jugend= lichen.
Um nicht ganz so blindwütig und theorielos in die Kämpfe einzu= steigen,wie es noch bei der Auseinandersetzung um die Schil= lerpromenade der Fall scheint, ist es unbedingt notwendig,die Fragen der Funktion von Gewalt zum derzeitigen Zeitpunkt zu dis= kutieren.
Die Form,in der diese Fragen bis= her - wenn überhaupt- diskutiert worden sind,kann nur beschissen genannt werden. Das zeigte sich exemplarisch bei der Besetzung des Jugendheims. Auf der einen Seite war die Argumentation rein moralisch und kategorisch:"Wer nicht besetzt,hat Angst,ist kein Genosse,"-wo also politische Entscheidungen und Einschätzungen nur noch auf eine Frage der Angst reduziert wurde - den Genossen der anderen Seite blieb dann nur noch übrig,entweder be= troffen zu schweigen oder aber mit dem Vorwurf des Abenteurer= tums zu kontern. Die Spaltung war jedenfalls perfekt.

So absolut läßt sich die Ge= waltfrage nicht diskutieren. So falsch es ist, Gewalt generell abzulehnen,so falsch ist es je= doch auch,Gewalt zu verherrli= chen und zur jedesmal angemes= senen Kampfform emporzuheben. (Wie es einem Teil des RK vor= zuwerfen ist) Genauso,wie es falsch sein kann,bei bestimmten Auseinandersetzungen o.ä. den Schwanz einzuziehen und auf militanten Widerstand zu ver= zichten,kann Militanz in man= chen Fällen zu einer unverant= wortlichen Politik führen,die sowohl weitere politische Ar= beit als auch Genossen sinnlos gefährdet.
Wenn wir Gewalt diskutieren , dann immer konkret,nie losge= löst von der bestimmten Situ= ation.
Darum an dieser Stelle ein paar Gedanken zu zwei konkreten Ereignissen :

1. Häuserkampf in Frankfurt

In Frankfurt kann man in puncto Gewalt im groben zwischen zwei Positionen unterscheiden,wobei sich die daraus ergebende Frak= tionierung durch alle Stadtteil= gruppen,selbst Häuserrat und RK zieht. Bereits vor der Räu= mung der besetzten Häuser in der Bockenheimer und der darauf folgende Samstag war diese Ent= wicklung abzusehen. Der weitaus größte Teil der Genossen war gegen eine militante Vertei= digung der Häuser und nach der kläglichen Niederlage bei Räu= mung auch gegen militante Ak= tionen bei der Demo.
Gründe hierfür waren die Er= kenntnis,daß sich Häuser zur Zeit nicht militärisch vertei= digen lassen,die eigenen Kräf= te gegen die Übermacht der Bul= len noch zu gering sind,zum anderen aber auch die Befürch= tung,durch übertriebene Militanz vorhandene Sympathien bei der Bevölkerung zu verscherzen.
Daß es dennoch zu einer Straßen= schlacht kam,wurde dem sogenann= ten militanten Flügel des RK auf anschliessenden Teach-Ins oft vorgeworfen,ohne jedoch eine an=

gemessene Alternative bieten zu kön=
nen. Nach Darstellung von Cohn-
Bendit,war es der Häuserrat,der be=
wußt - spontan die Bullen angegriffen
hatte-,keine unmittelbare Polizei=
provokation,wie KPD&KBW noch auf
ihren Flugblättern hatten glauben
machen wollen. Den Bullen war an
dem Tage nicht an einer Auseinan=
dersetzung gelegen,was auch ihre
anfängliche Niederlage und Ratlosig=
keit bewies. Es waren jedoch nicht
die Massen,wie Cohn Bendit behaup=
tet,sondern eine kleine Gruppe von
20/30 Genossen,die zuerst Steine
warfen.
Der Rest war dann fast dazu ge=
zwungen,sich gegen die brutal an=
greifenden Bullen zu wehren.
Auch in der nachträglichen Ein=
schätzung der Relevanz und des Er=
folges der Aktion schieden sich
die Geister.
Die Argumentation des "militanten"
Flügels:
Wir haben den Massen gezeigt,daß
Widerstand notwendig und möglich
ist. Der Häuserkampf ist von den
Massen weniger denn je isoliert,
hat vielmehr heute eine Massenbasis,
von der aus wir weiter operieren
können.Militante Aktionen sind Aus=
druck eines Massenbedürfnisses,
werden verstanden und für richtig
gehalten. Der "gemäßigte" Flügel
gab eine differenzierte Ein=
schätzung von sich:
(wobei zu vermerken ist,daß diese
Einschätzung Ausdruck zahlreicher
Erfahrungen bei nachfolgenden Haus=
besuchen,Flugblattverteilen und
Straßendiskussionen mit der Bevöl=
kerung ist):
Ein Teil der Bevölkerung ist durch=
aus gegen die SPD Wohnungspolitik
und verstehe auch Kämpfe für Er=
haltung von Wohnraum und Spekula=
tion. Aber eben nur ein Teil.
Und selbst dieser Teil könne sich
kaum mit den Formen des Kampfes,wie
Straßenschlachten usw. identifizie=
ren. Über Sympathiebekundungen gehe
die sogenannte Massenbasis nicht
hinaus.Darum auch der desolate Zu=
stand der Frankfurter Stadtteil=
gruppen,die weder in der Bevölkerung
auch nur ansatzweise "verankert"
sind,noch über konkrete Kampf=
vorstellungen verfügen.
Wie der Frankfurter Häuser=
kampf weitergehen soll,darüber
waren sich diese Genossen
ebenso unklar wie der Groß=
teil der Frankfurter Spontis,
denen jedoch der RK (oder
besser,sein militanter Flügel)
eine glänzende Zukunft ver=
heißen kann: eine Zukunft
als eine"Avantgarde des Klas=
senkampfs."
Zu dieser,auch für Berlin re=
levanten,dennoch nicht minder
gefährlichen und teilweise
abenteuerlichen Perspektive
einige Worte.
So steht in der neuen"WIR WOL-
LEN ALLES" (Nr. 13/14), daß
die Klassenkämpfein der BRD
eine neue Stufe erreicht haben,
von der aus sich auch die An-
forderungen an die revolutio-
näre Linke neu bestimmen:
"Erstmals haben Arbeiter letz-
tes Jahr massenhaft nicht mit
Duldung des Reformismus (wie
noch '69), sondern ausdrück-
lich gegen den Reformismu s
gestreikt.Mit diesen Streiks,
die gewerkschaftlich nicht be-
zwingbar waren, und denen neue
folgen werden, hatte sich die
Klassenkonfrontation in der BRD
entscheidend verschärft....
Konnten bis dahin selbständige
Streiks der Arbeiter noch als
Nachschlagaktionen, als befris-
tetes Ausscheren der gewerk-
schaftlichen Basis verstanden
werden, konnte man bis dahin
glauben, der sich radikalisier-
ende , nur gewerkschaftliche
Kampf habe eine Perspektive
- so wurde jetzt klar, daß die
Kämpfe der Arbeiter zum Teil
an die Grenze ihres eigenen Lega-
lismus gestoßen waren, daß nur
der Schritt weiter zur Militanz
noch zum Sieg führen kann....
Der Kampf der Arbeiter und die
Reaktion des Reformismus darauf
haben die Frage der revolutio-
nären Gewalt auf die Tagesord-
nung gesetzt. Jede revolutio-
näre militante Aktion hat heute
in diesem Klassenzusammenhang
ihren Stellenwert. Das nicht zu

beachten, wäre tödlich. War früher der Bezug unseres Kampfes zu den Problemen der Arbeiter eine gewagte Konstruktion von uns, heute ist er Tatsache. Nicht im Sinne eines Kampfzusammenhanges, sondern im Sinne eines objektiven Zusammenhanges.... Diese Tarifrunden haben den Arbeitern und Angestellten aber klar gemacht, daß die Interessen des herrschenden Reformismus mit ihren nichts zu tun haben und daß sie im legalen, gewerkschaftlichen und tariflichen Kampf immer die Unterlegenen sein werden."

Es stimmt, daß sich Arbeiter, (wenn auch größtenteils "nur" Türken,) militant gegen Werkschutz und Bullen zur Wehr gesetzt haben, und es kann auch nicht geleugnet werden, daß vielleicht einigen Arbeitern Zusammenhänge des Systems klarer geworden sind, daß einige das Wesen des Reformismus ansatzweise oder gar ganz durchschaut haben, aber was sagt das aus? Jedenfalls nicht das, was der RK daraus macht. Aus einigen Arbeitern werden d i e Arbeiter (und Angestellten), aus dem noch herrschenden, größtenteils höchstens reformistischen Bewußtsein

wird plötzlich ein ansatzweise revolutionäres. Aus der derzeitigen Klassenkampfbewegung werden zwei Extreme (Ford und John Deere) herausgenommen, dort zutage getretenes Klassenbewußtsein, dort gebildete Kampfformen werden verallgemeinert und zur allgemeinen Basis weiterer Auseinandersetzungen erklärt. Wird somit eine qualitativ neue Ebene der Klassenkämpfe einfach behauptet, mag auch die Konsequenz für diese scheinbar schon vorrevolutionäre Situation dem RK klar sein: <u>Jede</u> revolutionäre militante <u>Aktion</u> hat heute in diesem Klassenzusammenhang ihren Stellenwert. Man kann nur Angst haben, welche abenteuerliche Politik sich daraus ergeben soll. Was aus dieser Verkennung der Stufe der Klassenauseinandersetzungen und des bestehenden Massenbewußtseins für Fehleinschätzungen herauskommen, mögen folgende Sätze verdeutlichen:

Die Frankfurter Genossen haben den "Anspruch, nicht nur einer der vielen Teile des Klassenkampfs, sondern <u>eine</u> seiner Avantgarden zu sein. Was wir bislang nur diskutiert hatten, ist uns plötzlich schlaglichtartig klar geworden: wir können unsere Arbeit nicht länger nur durch unsere eigenen Bewegungsgesetze definieren, wir haben gemerkt, daß die Klassenauseinandersetzung Aufgaben auf die Tagesordnung setzt, denen sich die, die sich Revolutionäre nennen, stellen müssen. Wir haben als Avantgarde gehandelt - und sehen jetzt, daß uns dieser Anspruch ziemlich unvorbereitet trifft. Denn noch sind wir nicht in der Lage, unsere Bedürfnisse gemeinsam als die Bedürfnisse einer politischen Bewegung zu verstehen - noch immer geistert bei uns ein Bedürfnisbegriff herum, der das konkrete vorhandene Bedürfnis des einzelnen meint. Die Stärke unserer spontaneistischen Bewegung waren ihre Inhalte, ihre Aktionsformen, in Ansätzen ihre linksradikale Autoritätsfeindlichkeit, die deutlich machte, daß der Kampf nichts weniger als ein Opfergang ist, war auch ihr konkreter Bezug zu den brennenden Problemen dieser Stadt- die Schwäche dieser Bewegung zeigt sich jetzt: aus der Dynamik ihrer eigenen Radikalisierung heraus sowie aus der Dynamik der sich verschärfenden Klassenkonfrontation heraus, steht sie plötzlich vor der Tatsache, daß es ernst damit ist, was sie immer gerufen hat: Klassenkampf! - steht sie plötzlich vor der Aufgabe des bewußten Übergangs einer <u>massenhaften</u> Protestbewegung zu einer revolutionären <u>Massenbewegung</u>. (WWA S.7)

Wir stehen also auf der Stufe des

Übergangs von einer massenhaften Protestbewegung zu einer revolutionären Massenbewegung,in der jede militante Aktion ihren Stellenwert hat.
Man könnte fast glauben,Cohn Bendit wolle das alte Konzept der Gauche Proletarienne einfach auf deutsche Verhältnisse übertragen-direkte Aktion,exemplarische Aktion,Massenbewegung. Es ist nur zu hoffen,die Massen bewegen sich in ähnlicher Form,wie Cohn Bendit es ihnen prophezeit.
Wie diese Strategie konkret aussieht,versuchte man am Beispiel des Streiks der Saarkumpels zu erläutern: die Saarbergwerke hätten besetzt werden müssen!
Wer die dortigen Verhältnisse nur ein bißchen kennt,weiß,daß diese Einschätzung völlig die Situation, Bewußtsein,Ziele und Vorstellungen der Saarler verfehlt. Es ist nur zu hoffen,daß diese Einschätzungen in Frankfurt noch oft diskutiert und revidiert werden,um zu verhindern,daß wieder Frankfurter Euphorie mit demselben Katzenjammer endet wie bisher.

2.Häuserkampf in Berlin

Berliner Genossen haben seit jeher die Angewohnheit,mit einem Auge nach Frankfurt zu schielen, sich an den militanten Aktionen zu berauschen,um dann am liebsten in Berlin genauso"Putz zu machen".
Am liebsten würde man den Häuserkampf übertragen,doch wie?
Daß dies eine idealistische Konstruktion ist,haben zumindest die arbeitenden Stadtteilgruppen reichlich erfahren.Widersprüche im Wohnbereich sind in Berlin bei weitem nicht so zugespitzt wie in Frankfurt.Mieten sind hier relativ ertraeglich,Wohnungsnot,Spekulation haben hier bei weitem nicht die Brisanz erreicht wie beispielsweise in Frankfurt.
Häuserkampf,Hausbesetzungen haben hier eine ganz andere"Massenbasis" fast gar keine.
So blieben zum Beispiel Kampagnen gegen Spekulation und leerstehende Häuser ohne Resonanz bei der Bevölkerung.

Bis zur eventuellen Einführung des Weissen Kreises 1975 werden sich auf diesem Gebiet,außer vielleicht in Zusammenarbeit mit Obdachlosen und Ausländern,keine wesentlichen Veränderungen ergeben,die auf eine militante Durchsetzung von Interessen im Wohnbereich quasi drängen würden.
Wesentlich relevanter sind in dieser Beziehung die Kämpfe von Jugendlichen,als deren Ausdruck Rauch-Haus,Weissbeckerhaus,Putte ua.genannt werden können.Hierbei geht es um wirklich dringende materielle Interessen der Jugendlichen nach Kollektivität,gemeinsamer Lebens- und Freizeitgestaltung.
Hausbesetzungen und Militanz haben für die Bewußtseinsbildung der Jugendlichen große Relevanz gehabt. Man sollte sich jedoch davor hüten, dies als Allheilmittel und Perspektive sämtlicher antikapitalistischer Jugendarbeit auszugeben.
Gerade die Hausbesetzungen in Berlin haben gezeigt,daß sie größtenteils nur von den Jugendlichen getragen wurden,die wirklich kaum etwas anderes zu verlieren haben "als ihre Ketten."- von Trebern, Jugendlichen,die bereits im Knast die ganze Unmenschlichkeit des Systems gespürt haben.

Diese große Bedeutung militanter Aktionen muß jedoch geleugnet werden für einen Großteil der Jugendlichen, der Jugendlichen,die in einem ganz anderen Lebenszusammenhang stehen, eine ganz andere Sozialisation erfahren haben.
Eine solche Situation war bei der Besetzung der Schillerpromenade gegeben.Jugendliche Neuköllner Jugendhäuser lehnten eine Solidarisierung mit den Besetzern ab.Dies waren fast ausschließlich Jugendliche,die vorher schon im Knast gesessen hatten und sich als Rockerbande in der Gegend einen Namen gemacht hatten.Hausbesetzung und radikaler Widerstand sind für sie das letzte und wohl einzige Mittel,ihre Forderungen durchzusetzen, ihre Forderung nach einem Raum,wo sie ihre Freizeit sinnvoll verbringen können.Aus diesem Grunde ist auch die Besetzung des Jugendheims völlig gerechtfertigt und verdient jegliche Unterstützung.

Eine Kritik jedoch an der Form,in der die Besetzung stattfand,sollte gestattet sein.Nicht das Verhalten der Jugendlichen sollkritisiert werden, sondern das der sie unterstützenden Genossen.
Beschissen waren sowohl Vorbereitung als auch Durchführung der Besetzung. Andere Gruppen wurden von den Initiatoren nicht nur aus Zeitmangel viel zu spät von der geplanten Besetzung informiert.Auf Diskussionen ließ man sich überhaupt nicht ein, was nur als sektiererisch bezeichnet werden,eine Entwicklung,die man zumindest bei "Anarchisten" nicht erwartet hätte.Es wurde nur die Alternative gestellt : entweder mitmachen oder nicht.
Auch Diskussionen darüber,wie und mit welchen Mitteln das Haus verteidigt werden solle,wurden abgelehnt.Über die geplante Form des Widerstandes wurde nur verlautet,daß das Haus militant,wenn nötig,mit allen Mitteln verteidigt werden solle.
Angesichts der Erfahrungen und Einschätzungen aus Frankfurt,Hamburg und Hannover,die zeigen,daß eine militärische Verteidigung von Häusern zur Zeit (noch) nicht möglich ist,und der Einschätzung der Situation an der Schillerpromenade (schlechte Organisation,geringe Massenbasis,sowohl innerhalb der Linken als auch in der Bevölkerung),lehnte ein Großteil der Genossen eine militante Verteidigung als unverantwortlich ab- sowohl für sich als auch für die Jugendlichen. Eine solidarische Diskussion darüber kam nicht zustande,die einzige Reaktion war der Vorwurf der Angst,der Vorsatz der gewaltsamen Verteidigung (zu der es schließlich dann doch nicht kam) durfte nicht angetastet werden.
Diese offensichtliche Spaltung wird sich so schnell nicht beheben lassen;angesichts der kommenden Auseinandersetzungen ist es jedoch dringend notwendig,die Diskussion über auseinandergehende Vorstellungen aufzunehmen.
Noch ein paar Worte zur Öffentlichkeitsarbeit an der Schillerpromenade, die als denkbar schlecht bezeichnet werden kann.Teilweise aus erklärlichen Motiven,zu wenig aktive Leute,zu wenig Unterstützung von außen,was eine Kritik an der Sponti Linken mit einschließt.Andererseits aber auch bedingt durch solche Einschätzungen wie : die Bevölkerung ist erst mal Scheißegal,es kommt auf die Interessen der Jugendlichen an.
Vor der Besetzung bestand kaum ein Kontakt,viele waren nicht im mindesten über die Arbeit des Jugendheims informiert,obwohl Gesprächen zufolge durchaus ein Interesse danach bestand.Auch nach der Besetzung gelang es nicht,sich der Bevölkerung zu vermitteln.(trotz Flugblättern und einem leider nur von Linken besuchten Straßenfest.)
Folge davon war und ist mangelnde Solidarisierung der Bevölkerung,w teilweise extreme Formen annahm - so mußten bspw.nach der Räumung die Jugendlichen vor der teilweise recht aggressiven Bevölkerung in Schutz genommen werden.Auch die Zerstörungen im Jugendheim wurden mit ziemlicher Empörung aufgenommen,was ein Pfarrer durch eine anschließende Hausbegehung mit der Gemeinde geschickt auszunutzen verstand.
Nur auf Hausbesetzungen läßt sich keine längerfristige Perspektive aufbauen.Ohne Unterstützung durch die Bevölkerung werden sich die Jugendlichen immer mehr isolieren.Die weitere Perspektive wird hoffentlich nicht die schon mehrfach geäußerte Absicht sein : noch mehrmalige Hausbesetzungen um jeden Preis,und,we alles nicht mehr hilft,Zerstörung des Jugendheims.Solch blinde Aktionen dürften sowohl in der Bevölkerung als auch im Großteil der Linken keinen Rückhalt mehr finden.
Inzwischen scheinen sich jedoch Verhandlungserfolge anzubahnen,die die Hoffnung aufkommen lassen,daß das Jugendheim doch noch nicht verloren ist.

Dieser Beitrag soll die Diskussion eröffnen.

K.L.